

Gespräch mit Erhard Eppler

»Ein Politiker hat kein Recht auf eine Karriere«

Erhard Eppler, linker und wertkonservativer Vordenker der SPD, bestimmte über drei Jahrzehnte auf Landes- bzw. Bundesebene die politischen Geschicke mit. Ob als Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit oder Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission. Bis heute engagiert sich Eppler u.a. in der evangelischen Kirche und der Friedensbewegung. Thomas Meyer sprach mit ihm über seine Erinnerungen, die kürzlich im Propyläen-Verlag erschienen sind.

NG/FH: Deine eben erschienene Autobiografie *Links leben* ist wahrhaftig reich an spannenden Themen, bezieht Stellung vor allem zu den großen Gegenwartsfragen. Die Massenmedien haben sich aber auf ihre typische Art fast ausschließlich auf deinen Konflikt mit Helmut Schmidt gestürzt, der ja nur ganz am Rande vorkommt.

Erhard Eppler: Ja, ich kam auch mit Helmut Schmidt bis 1968 exzellent aus. Er war Fraktionsvorsitzender, ich war außenpolitischer Sprecher und ich fand ihn gut und dachte: »Aus dem kann vielleicht noch was werden«. Sechs Jahre später, nachdem ich die Dritte Welt mit ihrem Elend und vor allem auch mit ihren Naturkatastrophen erlebt hatte, war mein Bewusstsein verändert und seines nicht. Das ist weder mein Verdienst noch ist es seine Schande, man muss es einfach konstatieren. Und es gab dann auch praktisch keinen Kompromiss. Für mich war Ökologie wichtig und für ihn nicht. Für mich war die Dritte Welt wichtig, für ihn nicht.

Das hat mit Intelligenz nichts zu tun, sondern einfach mit einem Bewusstseinsstand, der mit den jeweiligen Erlebnissen zusammenhängt. In der Rückschau wird das nun, etwa in der FAZ, als Konkurrenz zwischen Leuten dargestellt, von denen jeder der Gescheiteste sein wollte.

NG/FH: Das ist ja allgemein das große Problem mit den Massenmedien: Sie personalisieren alles. Alles wird auf menschliche Konflikte zurückgeführt, es geht entweder um Macht, um Eitelkeit oder um Rache. Es wird alles zu einem Spiel zwischen menschlichen Leidenschaften und Eigenschaften und die eigentlichen Themen sucht man oft vergebens, weil sie nicht unterhaltsam sind.

Eppler: Und dann auch noch auf eine primitive Weise: »Jeder will der Gescheiteste sein«. Als ob es darum in der Politik ginge.

NG/FH: Du sagst in deinem Buch, dein Schicksal war es eigentlich immer, dass du zu früh dran warst, mit neuen Ideen, mit Erkenntnissen, z.B. mit Blick auf die Themen Ökologie oder Dritte Welt. Erkennst du aber nicht doch in dem, was in der Zwischenzeit passiert ist, ungeheuer viel wieder von den Impulsen, von den Ideen, die du eingebracht hast? Oder würdest du sagen, dieses »zu früh« war ein Nachteil?

Eppler: Wenn man es so sehen will, war es für meine Karriere ein Nachteil. Aber ich empfinde es im Rückblick nicht als Strafe. Auf meine alten Tage lebe ich in einer Gesellschaft, in der nahezu alle aus der Atomenergie aussteigen wollen, was ich seit etwa Mitte der 70er Jahre propagiert habe. Ich lebe in einer Gesellschaft, in der eine Klimakonferenz

in Paris über Wochen die öffentliche Meinung beschäftigt und wo doch die Einsicht herrscht, dass immer noch zu wenig getan wird. Das ist für einen Menschen meines Alters nichts, worüber er traurig sein muss.

NG/FH: Du hast ja an den wichtigsten Grundsatzprogrammen der Sozialdemokratie maßgeblich mitgewirkt, beim Hamburger Programm von 2007, vorher beim Berliner Programm von 1989, bei dem deine Ideen in großem Maße nicht nur eingeflossen sind, sondern wirklich prägend waren. Diese Debatten fingen ja bereits in den 70er Jahren an, auch in der Grundwertekommission. Und dennoch hat man den Eindruck, dass die Sozialdemokratie, die ja eigentlich eine Programmpartei ist, sein will oder war, aus diesen Programmen, die ja mit großem zeitlichen und intellektuellen Aufwand erarbeitet wurden, fast nichts macht. Nach der Devise »beschlossen und vergessen«.

Eppler: Am schlimmsten war es ja beim Berliner Programm, an dem ich am meisten mitgewirkt habe. Das ist in der »Baracke«, wie die SPD-Parteizentrale damals noch hieß, erstickt worden. Lafontaine war Vorsitzender der Programmkommission. Offiziell war dies Hans-Jochen Vogel, der Parteivorsitzende, aber Lafontaine war der geschäftsführende Vorsitzende. Ihm war das Programm völlig gleichgültig. Er hat zur Vorstellung kurz vor Weihnachten 1989 zwar eineinhalb Stunden geredet, das Programm aber gar nicht erwähnt. Das heißt, er selbst war das Programm. Und später hat er auch dafür gesorgt, dass dieses Programm praktisch geheim gehalten wurde. Daran kann man nachvollziehen, wie aus politischer Eitelkeit oder aufgrund eines schlechten Gewissens ein Programm nie zur Geltung gekommen ist. Das Groteske war, dass dann in der rot-grünen Koalition DIE GRÜNEN den Sozialdemokraten das Berliner Programm, in dem alles drin stand, vorgelesen haben, wenn einer ihrer Vorschläge auf allzu starken Widerstand stieß. Das Berliner Programm scheiterte am überbordenden Ego eines Einzelnen.

Während beim Godesberger Programm von 1959 die führenden Sozialdemokraten froh und stolz darauf waren, wenn sie ihre Politik damit begründen konnten, war es bei dieser Lafontaine-Generation so, dass man sich nicht mit Rückgriff auf ein Programm profilierte, sondern eher mit Kritik oder durch Missachtung.

NG/FH: Wenn man im Hamburger Programm bestimmte Kapitel liest, beispielsweise das zu Europa mit der Frage, wie Europa künftig aussehen soll, stellt man fest, dass darin schon starke Elemente einer Wirtschaftsregierung, einer gemeinsamen europäischen Sozialpolitik, einer Demokratisierung drinstecken.

Zum Finanzkapitalismus ist zu lesen, dass mit Krisen in einer ungeheuren Dimension zu rechnen ist, wenn keine Regulierung erfolgt. Das alles wurde vor der Weltwirtschaftskrise formuliert. Viel früher hast du bereits darauf hingewiesen, dass in unseren Gesellschaftssystemen ein enormer Einwanderungsdruck entstehen wird, wenn keine vernünftige Entwicklungspolitik formuliert und umgesetzt wird. In der Öffentlichkeit und auch in der SPD wird aber meist so diskutiert, als gäbe es das alles gar nicht.

Eppler: Ich habe das Gefühl, dass zumindest die Generation der Brandt-Enkel die Programme höchstens flüchtig gelesen hat. Und man musste sie immer wieder daran erinnern, dass da etwas steht. Das hängt nach meiner Überzeugung auch damit zusammen, dass die wenigsten Journalisten, auch nicht die kompetenten, Programme lesen. Als Lafontaine 1989 das Berliner Programm zwar vorstellte, aber an keiner Stelle erwähnte, hat kein einziger Journalist daran Anstoß genommen.

NG/FH: Für die Medien gehören Programme natürlich zu dem Langweiligsten, was es gibt. Die haben zum Teil wohl auch den Eindruck, dass das alles gar nicht ernst gemeint ist. Bei sozialdemokratischen Politikern ist das allerdings nicht leicht verständlich, da sie ja doch ohne einen Zukunftsentwurf nicht auskommen. Und viele Mitglieder suchen – auch heute – nach solchen Ideen, wissen aber oft nicht einmal, dass es das Programm gibt.

Eppler: Da spielen Machtmechanismen innerhalb der Partei eine Rolle. Das liegt einfach daran, dass sich die führenden Leute niemals auf ein Programm beziehen oder vielleicht mal einen Satz daraus zitieren. Beim Godesberger Programm war das üblich.

NG/FH: Hat das damit zu tun, dass manche vielleicht glauben, wenn sie an der Macht sind, können sie sich besser behaupten, wenn sie das Programm beiseitelassen, und wenn sie nicht an der Macht sind, können sie sich persönlich besser ohne das Programm profilieren?

Eppler: Ich fürchte, dass das so ist. Als ich 1961 in den Bundestag kam, kannte ich das Wort »profilieren« noch nicht. Und führende Personen von damals wie etwa Fritz Erler, mit dem ich ja sehr eng verbunden war, waren absolut uneitel. Erler war so sehr ein Teil der Partei, dass er immer mal wieder, wenn es ihm wichtig erschien, eine Passage aus dem Godesberger Programm zitiert hat. Dann sagte er: »Das sind wir« und nicht »Das bin ich«.

NG/FH: Gegen Ende deines Buches wünschst du dir heute eine Brandt-Renaissance. Was hast du genau damit gemeint?

Eppler: Das hat etwas mit der »Würde der Politik« zu tun. Wenn man zeigen will, was

Politik über das Klein-Klein und über die taktischen Erfolge und Misserfolge hinaus bedeuten kann, dann ist die Biografie von Willy eine Art Lehrbuch. Da begreift ein Abiturient in Lübeck Hitler schneller als die Erwachsenen und als die Mehrheit der Deutschen, entzieht sich diesem Regime und kommt nach der Katastrophe wieder, ist eigentlich ein Linkssozialdemokrat und wird nun in dem bedrohten Berlin zu einem deutlich antikommunistischen Sozialdemokraten, der dieses Berlin verteidigt, weil er es als seine Aufgabe ansieht. Und der dann, als er merkt, dass anti-sowjetische Politik nicht sehr weit führt und auf die Dauer eher gefährlich wird, die Entspannungspolitik erfindet. Dabei riskiert er immer auch für das, was er für richtig hielt, seine eigene Karriere. Und am Denkmal für das Warschauer Ghetto hat er mit einer großen Geste in einer Weise Politik gemacht, die er selber noch gar nicht überdenken konnte.

» Wir sind füreinander verantwortlich und indem wir Solidarität anderen gegenüber praktizieren, bekommen wir auch die Chance zur Solidarität. «

An dieser Biografie kann man ablesen, dass Politik letztlich eine Sache auf Leben und Tod ist. Wäre er in Deutschland geblieben, dann hätte es ihn wahrscheinlich später nicht mehr gegeben. Der Politiker muss, im Gegensatz zum Beamten, immer mal wieder seine eigene Position, seine eigene Karriere aufs Spiel setzen, wenn er sich selber treu bleiben will.

NG/FH: Und vor allen Dingen muss er durch Kommunikation Leute überzeugen.

Eppler: Ja, natürlich. Dabei muss er den jeweils anderen, auch den Gegner, rundum ernst nehmen. Das alles würde ich zu den ganz wichtigen Aspekten wirklicher Politik rechnen.

NG/FH: Heute werden vor jeder Diskussion Umfragen durchgeführt. Und statt die Ergebnisse als Ausgangspunkt für eine große öffentliche Diskussion zu nehmen, orientieren sich die meisten Politiker gleich zu Beginn daran, was die Leute jetzt im Moment gesagt haben.

Eppler: Stell dir mal vor, man hätte nach dem Mauerbau 1961 eine Umfrage gemacht: »Sind Sie für eine Entspannungspolitik mit dem Ostblock?«, dann hätte es mindestens 90 % Nein-Stimmen gegeben. Aber zwischen Willy Brandt, Egon Bahr und einigen anderen lautete die Frage: »Kann man so weitermachen und was ist jetzt verantwortlich?« Das ist dann Politik.

Ich habe das dumpfe Gefühl, dass heute Politik von jungen Leuten als Karriere-möglichkeit missverstanden wird. Ein Politiker hat aber kein Recht auf eine Karriere, allenfalls eines auf eine Biografie.

NG/FH: Die soziale Demokratie befindet sich ja in Deutschland, aber auch in ganz Europa, seit vielleicht 20 Jahren in der Defensive. Sie hat genügend Ideen produziert, kommt aber nicht in die Offensive zurück, löst auch keine Bewegung in der Gesellschaft oder einen großen Widerhall aus. Woran liegt das deiner Meinung nach? Liegt das daran, dass sich die frühere Brandt'sche Gesamtlinke, wenn man die damaligen 45 % mal so nennen darf, in die drei Elemente Sozialdemokratie, Grüne, Linkspartei aufgelöst hat, sodass heute viel mehr für die SPD allein gar nicht zu holen ist? Oder liegt es an Versäumnissen der SPD?

Eppler: Beides hängt miteinander zusammen. Ich habe ja – auch mit der Duldung von Willy Brandt – versucht, die Ökologie in der SPD heimisch zu machen. Vielleicht war das von Anfang an zu viel verlangt, aber ich bin nach wie vor der Meinung, dass das Ökologische und das Soziale sehr wohl miteinander vereinbar sind. Meine Niederlage auf diesem Gebiet war der Sieg der GRÜNEN. Den hätten wir damals noch vermeiden können. DIE GRÜNEN kamen 1980 mit 5,6 % in Baden-Württemberg erstmalig in einem Flächenstaat über die Fünf-Prozent-Hürde. Danach sagten mir viele Wähler: Wir wollten Sie ja nicht bestrafen, aber wir sehen ja, wer in der SPD letztlich das Sagen hat, nämlich nicht Sie, sondern der Kanzler. Hätte ich damals Unterstützung aus Bonn gehabt, wären DIE GRÜNEN vielleicht bei 4,5 % gelandet, aber nicht bei 5 %, und die SPD bei über 33 %. Dann wäre manches anders gelaufen.

NG/FH: In den Gewerkschaften kursiert heute der Begriff »Mosaiklinie«, gemeint ist eine Zusammenarbeit von SPD, GRÜNEN und Linkspartei. Wenn alle drei Akteure ihre Rolle in dieser Komposition richtig spielten und das dann strategisch zusammenfügten, wäre dann die Sozialdemokratie wieder bei den 45 % der Brandt-Zeit, mit ihren sozialen, kapitalismuskritischen, ökologischen und friedenspolitischen Themen auf neue Weise verbunden? Und gäbe es für sie außerdem eine Machtperspektive?

Eppler: Ich gehörte ja zu den Leuten, die die rot-grüne Koalition sogar da unterstützt haben, wo mir nicht so ganz wohl dabei war, weil ich wollte, dass sie mindestens zwei Wahlperioden durchhält und nicht als Episode abgetan werden kann. Aber zum einen gibt es in der Sozialdemokratie Kräfte, die auf eine Koalition mit den GRÜNEN keinen ernsthaften Wert legen und zum anderen gibt es inzwischen bei den GRÜNEN das Gefühl, wenn die SPD nicht ein bisschen lebendiger, stärker und attraktiver wird, dann könne man das auch mit den Schwarzen machen. Ich wage gar nicht darüber nachzudenken, was nach einem schwarz-grünen Bündnis in der Bundesrepublik geschähe.

NG/FH: Was wäre heute eine realistische, aber auch den Grundwerten entsprechende Machtperspektive für die SPD?

Eppler: Ich halte es immer noch für möglich, auf die nächste Wahl hin eine SPD zu präsentieren, die auch emotional wieder attraktiv wird. In dem Augenblick, in dem einer wiedererwachenden Sozialdemokratie eine zerstrittene Union, der ja auch nicht viel Gescheites einfällt, auf der anderen Seite gegenübersteht, ändert sich natürlich auch die Bereitschaft sowohl der GRÜNEN als auch der Linken, dieses Experiment zu wagen.

NG/FH: In deinem Buch warnst du, dass die Addition vieler richtiger Einzelpolitiken nicht den Erfolg bringt. Da fehlt der werthaltige Gesamtentwurf, ein überzeugendes Gesellschaftsbild. Was müsste jetzt dazugehören? Aus welchen Quellen könnte sich das speisen?

Eppler: Ich behaupte ja schon seit 15 Jahren, dass es Aufgabe der demokratischen Linken in Europa, notfalls nur in Deutschland, wäre, ein alternatives Gesellschaftsbild zum Marktradikalismus zu entwerfen. Der Marktradikalismus ist am schwächsten auf seiner anthropologischen Seite, denn den Homo oeconomicus, den die Marktradikalen zugrunde legen, gibt es gar nicht.

Wenn es uns gelingen würde, den Menschen zugrunde zu legen, den es tatsächlich gibt, der eben nicht nur Konkurrent seines Kollegen ist und diesen überflügeln will; der nicht nur möglichst viel Geld verdienen will, sondern der auch mit Menschen menschlich umgehen möchte; dann lässt sich innerhalb dieser Vorstellungen eine ganze Menge von Einzelthemen der Sozialdemokratie unterbringen. »Wir wollen ein Land der guten Nachbarn sein, nach innen und nach außen« hieß das bei Brandt. Das war eine geniale, für jeden verständliche und auch das Gefühl anregende Definition. Wenn ich einen guten Nachbarn haben will, dann muss ich ein guter Nachbar sein. Das ganze Thema Solidarität, das für die Marktradikalen ein Spleen von Gutmenschen ist, bekommt dann plötzlich eine gewisse Attraktivität. Ich behaupte nicht, dass man heute allein mit diesem Brandt'schen Wort Politik machen könnte, aber in diesem Geist.

NG/FH: Du hast die Formel von der »solidarischen Leistungsgesellschaft« als Gegenbegriff zur neoliberalen Erfolgsgesellschaft geprägt.

Eppler: Ja, daran arbeite ich nun schon seit vielen Jahren. Und ich habe darüber auch mal 2011 ein Büchlein mit dem Titel *Eine solidarische Leistungsgesellschaft* geschrieben, aber das hat politisch keinerlei Wirkung gehabt. Bei Vorträgen habe ich aber schon des Öfteren erlebt, dass es bei den Menschen ankommt, wenn man ihnen klarmacht, worin der Unterschied zwischen einer Leistungs- und einer Erfolgsgesellschaft besteht. Alleinerziehende sind auch Leistungsträger, haben aber oft keinen finanziellen Erfolg. Mit »Leistungsträgern« sind bei uns eher die Besserverdienenden gemeint.

NG/FH: Aber dazu bräuchte man eine Persönlichkeit, die das verkörpert und in lebensnahen Worten in einem längeren Diskurs vermitteln kann. Denn die Medien würden das am Anfang erst einmal alles lächerlich machen. Und die meisten Politiker würden dann zurückzucken.

Eppler: So ist es. Ich glaube, dass die eigentliche Schwachstelle unserer Politik – und zwar nicht nur der sozialdemokratischen – im Karrierismus liegt. Ich habe das Gefühl, dass man heute in die Politik geht, wie man auch in die Wirtschaft oder in die Verwaltung geht. Und dann überlegt man sich, wie lange man im Bundestag sein muss, um gewisse Ansprüche zu erwerben. Aber kaum jemand steht heute auf und sagt: »Dies ist meine Überzeugung und wenn ihr mich rausschmeißen wollt, dann schmeißt ihr mich eben raus.«

NG/FH: Brandt hatte die Formel: »Wir brauchen Themen, die das aufgeklärte Bürgertum und die arbeitende Bevölkerung miteinander verbinden.« Welche Themen wären das heute?

Eppler: Natürlich muss man bei bestimmten sozialpolitischen Fragen Stellung beziehen und zwar so, dass auch Gewerkschaften mitziehen können, klar. Wenn man aber eine Wahl gewinnen will, dann muss man ein Gesellschaftsbild schaffen, das die alten Brandt-Wähler jetzt oder deren Kinder anzieht. Was den Wahlsieg 1972 ausgemacht hat, war die Hoffnung, dass wir innerhalb des Landes, aber auch zu unseren Nachbarn, auch zu den bisher bekämpften Nachbarn, ein menschenwürdiges Verhältnis entwickeln.

Man sollte eine Gesellschaft – auch mit Emotionen, mit Bildern und Geschichten – entwerfen, die nicht nur vom Oben und Unten lebt, von den Karrieren und dem

Kampf um die bessere Position. Ich kann mir vorstellen, dass so etwas auch weit hinein in die heutige CDU-Wählerschaft wirkt, die ja gar nicht mehr ein so unangreifbarer Block ist.

NG/FH: Heinz Bude hat ein Buch mit dem Titel *Gesellschaft der Angst* geschrieben, ein Buch von Johano Strasser heißt ganz ähnlich *Gesellschaft in Angst*. Konstatiert wird eine wachsende Angst der abstiegsbedrohten Mittelschicht und der prekär Beschäftigten am unteren Rand. Bude sagt, 50 bis 60 % der Gesellschaft haben diese Angst und ein Gefühl der Unsicherheit. Ist das der Ansatzpunkt für eine sozialdemokratische Erzählung?

Eppler: Meine Frage ist ja gerade, was man gegen diese Angst machen kann. Wir brauchen ein Gesellschaftsbild, das klarmacht, ihr fallt nie ins Bodenlose. Wir sind füreinander verantwortlich und indem wir Solidarität anderen gegenüber praktizieren, bekommen wir auch die Chance zur Solidarität. Das meine ich mit solidarischer Leistungsgesellschaft.

NG/FH: Es heißt ja immer, die SPD leide darunter, dass sie nicht genügend Wirtschaftskompetenz besitzt und sie bräuchte jetzt Leute, die diese Kompetenz einwandfrei repräsentieren. Die anderen Themen seien für Wahlen nicht ganz so wichtig, also das Soziale, das Gerechtigkeits- und das Gleichheitsthema.

Eppler: Also wenn das stimmen würde, hätte Peer Steinbrück wesentlich mehr Stimmen bekommen. Denn dass er von Wirtschaft etwas versteht, dass er uns durch die Bankenkrise und schließlich auch die Staatenkrise hindurchgebracht hat, hat niemand bestritten. Das hat die Leute aber überhaupt nicht interessiert.

Umgekehrt hieß im Jahr 1972 der Mann der großen Wirtschaftskompetenz Karl Schiller, SPD. Dieser ist damals von der Fahne gegangen und hat sich mit Ludwig Erhard an einer anti-sozialdemokratischen Anzeigenkampagne der CDU beteiligt und wir haben dennoch 45 % der Stimmen bekommen. Das heißt, für mich ist diese Frage nach der Wirtschaftskompetenz ein Mythos. Sie wird virulent, wenn wir sonst wenig zu bieten haben. – Auch der Tatbestand, dass wir jetzt einen SPD-Wirtschaftsminister haben, hat für die Wahl kaum Bedeutung.

NG/FH: Welches identitätsstiftende Thema würdest du in den Mittelpunkt der nächsten Wahl stellen?

Eppler: Ich weiß ja nicht in welcher Atmosphäre die nächste Wahl stattfinden wird. Ganz sicher dürfen wir nicht wieder mit einem Katalog an sozialen Verbesserungen auftreten, so vernünftig sie auch sein mögen. Wir müssen klar machen, was sich seit dem Sieg des Marktradikalismus alles verändert hat und wir müssen ein Gesellschaftsbild entwerfen, auf das wir zugehen wollen. Das war immer die eigentliche Motivation, seit es die Sozialdemokratie gibt. Wir haben ein anderes Bild von der Gesellschaft. Und das muss nun nicht mit revolutionären Forderungen oder gar Phrasen garniert sein, sondern mit einer Sprache, auch einer einfachen Bildersprache, die die Menschen nicht nur über den Intellekt erreicht. Demagogie ist dabei nicht nötig. Wo der Schwerpunkt liegen muss, das wird sich wahrscheinlich dann noch zeigen. Ganz sicher müssen wir uns dem Thema der wachsenden Ungleichheit stellen.